

Senatsbeschlüsse

der 205. Sitzung des Senats

am 19.03.2019, 11:15 Uhr

4980.) "Bislang unbekannter rechts-motivierter Mordversuch?"
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 2799/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2799/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4981.) "Dauerbaustelle Steubenstraße?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 03)
(Vorlage 2800/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2800/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4982.) "Neue Rekorde im Land Bremen - Dauerbelastung für PKW- und LKW-Fahrer durch Staus auf den Bremer und Bremerhavener Bundesautobahnen" (Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 2801/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 18.03.2019)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 18. März 2019 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4983.) "Krankenfahrtangebote zum Hausarzt für mobilitätseingeschränkte ältere Menschen" (Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2802/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 13.03.2019)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 2. April 2019 aus.

- 4984.) "Einführung eines Gebührentatbestandes für die Bearbeitung von Abfallbegleitscheinen" (Vorlage 2803/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr die Sechste Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung der Umweltverwaltung (Anlage 1) sowie deren Ausfertigung und Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

2. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die notwendige Zustimmung der Fachdeputation einzuholen.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die notwendige Zustimmung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.

4985.) Programm zur Absicherung der Sozialwohnungsquote in 2019
(Vorlage 2804/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt die Erhöhung des Darlehensvolumens für das 3. Wohnraumförderprogramm um 25 Mio. €.
2. Der Senat stimmt zu, dass diese Aufstockung über eine Darlehensfinanzierung der Bremer Aufbau-Bank GmbH finanziert wird und die erforderliche Zinsverbilligung sowie etwaige Ausfälle - wie bisher - aus dem Treuhandvermögen Wohnungsbau - Land - finanziert werden. Diese Zinsverbilligung beträgt 16,125 Mio. € (worst case).
3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, eine Freihalteerklärung zur Sicherung des noch erforderlichen Darlehensvolumens auszustellen. Die Höhe des abzusichernden Darlehensvolumens darf 25 Mio. € nicht überschreiten. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, den Haushalts- und Finanzausschuss nach Übernahme zu informieren.
4. Der Senat beschließt, die Förderdarlehen wie bisher zu 80 % in der Stadt Bremen und zu 20 % in der Stadt Bremerhaven einzusetzen. Der Senat ist damit einverstanden, dass die Mittel in Abstimmung mit der Stadt Bremerhaven anders eingesetzt werden, wenn sich zukünftig eine abweichende Bedarfslage ergibt.
5. Der Senat beschließt die unter B.2 beschriebene Anpassung der Zinsen für Darlehen aus früheren Wohnraumförderungsprogrammen (vor 2012) entsprechend dem unter B.2 erläuterten Vorschlag neu festzulegen.

6. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird gebeten, entsprechend dem Beschluss der Bremischen Bürgerschaft vom 12.12.2018 – gemeinsam mit der Senatorin für Jugend, Frauen, Integration und Sport, der Senatorin für Finanzen und der Senatskanzlei -das Sozialquotenmodell konzeptionell zu überprüfen sowie eine Prognose zu erstellen, ob die bisherigen Bremer Finanzierungsinstrumente in ihrer Art und im Umfang bei den bisher geplanten und absehbaren Bauvorhaben im geförderten Wohnungsbau in den nächsten vier Jahren auskömmlich sind sowie ggf. ergänzende Instrumente zur Absicherung der Sozialwohnungsquote zu entwickeln.
7. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft über den Beschluss sowie regelmäßig über die Umsetzung der Wohnraumförderungsprogramme berichten.
8. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „A. Problem“ im sechsten Absatz im ersten Satz die Wörter „derzeit noch bestehenden Unklarheiten über die Rahmenbedingungen künftiger Bundesmittel und der“ ersatzlos gestrichen werden.

4986.) Umsetzung der beschlossenen Wohnraumförderungsprogramme (Land)
(Vorlage 2805/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2805/19 den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.
2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „B. Lösung“ unter Punkt „4. Vornotierung“ im ersten Kullerpunkt die Summe „6,75 Mio. €“ in „6,3 Mio. €“ geändert sowie der folgende Satz am Ende eingefügt:

„Der Senat hat in seiner Sitzung am 12.03.2019 zur Flankierung des Erwerbs der Fläche im Scharnhorstquartier die Bereitstellung einer Wohnraumförderung in dieser Höhe beschlossen.“

4987.) "Verkaufsabsichten der Vonovia in Lüssum"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 06)
(Vorlage 2806/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2806/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- In der Überschrift wird das Wort „Lüsssum“ in „Lüssum“ geändert.
- Die Antwort auf Frage 2 wird wie folgt gefasst:

„Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr hat der Vonovia mitgeteilt, dass ein Ankauf der Objekte geprüft wird und die GEWOBA die Verhandlungen mit der Vonovia führt.“

4988.) Ausschuss für die Wahl der ehrenamtlichen Richter und Richterinnen am Verwaltungsgericht und am Oberverwaltungsgericht
(Vorlage 2807/19)

Beschluss:

1. Der Senat bestellt als Mitglied des Wahlausschusses für die Wahl der ehrenamtlichen Richter und Richterinnen am Verwaltungsgericht und am Oberverwaltungsgericht nach § 26 Abs. 2 Satz 1, § 34 der Verwaltungsgerichtsordnung Herrn Dr. Berger vom Senator für Inneres und zu seiner Stellvertretung Herrn Dr. Schulenberg vom Senator für

Justiz und Verfassung.

2. Der Senat beauftragt das Statistische Landesamt - Wahlamt - als Gemeindebehörde mit der Vorbereitung der stadtbremischen Vorschlagslisten nach den §§ 28, 34 Verwaltungsgerichtsordnung.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass die Gender-Prüfung wie folgt neu gefasst wird:

„Von der Aufstellung der Vorschlagslisten hängt das Ziel einer geschlechterparitätischen Besetzung der ehrenamtlichen Richterinnen- und Richterstellen ab.“

4989.) Deutsche Allianz Meeresforschung
Hier: Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zur gemeinsamen
Projektförderung
(Vorlage 2808/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt der Unterzeichnung der im Entwurf beiliegenden Kooperationsvereinbarung zur gemeinsamen Projektförderung für die Deutsche Allianz Meeresforschung (D.A.M.) zu.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, den Landesanteil zur Förderung der D.A.M. durch Prioritätensetzung sowohl im Haushaltsvollzug 2019 in Höhe von 125 T€ als auch innerhalb der gemäß Finanzplanung 2017/2021 bereits beschlossenen Orientierungswerte des Produktplans 24 für die Jahre 2020 (375 T€) und 2021 (750 T€) darzustellen und sie innerhalb der Fortschreibung der Finanzplanung für die Jahre 2022 und 2023 (1.000 T€ p.a.) zu berücksichtigen.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen die erforderliche Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3.125 T€ mit geplanter

Abdeckung in den Jahren 2020 bis 2023 zu Lasten der veranschlagten VE bei der Zentralen Investitionsreserve zu berücksichtigen.

4. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz die notwendige Zustimmung beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

4990.) Entwurf eines 19. Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (Vorlage 2809/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 18.03.2019)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 18. März 2019 den Entwurf eines 19. Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften sowie die Mitteilung an die Bürgerschaft (Landtag) und deren Weiterleitung an die Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung des Gesetzentwurfs in 1. und 2. Lesung noch in der 19. Wahlperiode.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, den Mehrbedarf zu Artikel 2 „Einführung einer sog. pauschalen Beihilfe“ in Höhe von rund 4,6 Mio. € pro Jahr durch Prioritätensetzung innerhalb der gemäß Finanzplanung 2017/2021 bereits beschlossenen Orientierungswerte des Personalhaushalts für die Jahre 2020 und 2021 darzustellen und sie innerhalb der Fortschreibung der Finanzplanung für die Jahre 2022 ff. zu berücksichtigen.

4991.) "Nicht abgerufene Bundesmittel für Investitionen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 2810/19 und Neufassung der Antwort der Senatorin für Finanzen
und des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 18.03.2019)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen und des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 18. März 2019 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4992.) Bremisches Gesetz zur Ausführung des Betreuungsgesetzes (BremAG-BtG)
vom 18. Februar 1992 (Brem.GBl. S. 31)
(Vorlage 2811/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2811/19 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Beschlussfassung mit der Maßgabe folgender Änderung:

Im Gesetzentwurf wird in Artikel 1 in § 1 (1) nach den Wörtern „§ 274 Absatz 3“ der Unterstrich unter dem Komma entfernt.

4993.) "Guterhaltene Gebäudesubstanz in Kleingärten weiter nutzen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2812/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2812/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4994.) "Zeitnah studentischen Wohnraum durch produktives Zusammenwirken der öffentlichen Stakeholder schaffen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2813/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2813/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4995.) Umsetzung der getrennten Steuerung der Haushalte von Land und Stadtgemeinde Bremen sowie der Neuregelung der Umsatzbesteuerung
(Vorlage 2814/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt die Zeit- und Maßnahmenplanung sowie die dargestellten finanziellen Auswirkungen des Projekts Land-Stadt-Trennung zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, unverzüglich mit der Initialisierung des Projekts zu beginnen und die externe Beratung durch

Dataport einzuholen.

3. Der Senat stimmt dem Vorschlag zur Land-/Stadt-getrennten Umsatzsteuer-Voranmeldung für die Betriebe gewerblicher Art und der Schätzung der umsatzsteuerlich relevanten Leistungsbeziehungen im Haushaltsjahr 2020 zu.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die im Haushaltsjahr 2019 erwarteten Kosten von bis zu 950 T€ innerhalb des PPI 96 darzustellen.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die erforderlichen Beschlüsse der Haushalts- und Finanzausschüsse einzuholen.
6. Der Senat bittet im Oktober 2019 um die Vorlage eines Zwischenberichtes, in dem auch die Ressourcenbedarfe der Ressorts dargestellt werden.“
7. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 die Kosten für die Phase 2 durch Prioritätensetzung innerhalb der gemäß Finanzplanung 2017/2021 bereits beschlossenen Orientierungswerte des Produktplans 96 für 2020 darzustellen.

4996.) "Lese-Intensivkurse in Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 2815/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2815/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4997.) "Scoring-Verfahren für Mehrfachtäter – Abschiebung nach Punkten?"
(Kleine Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen)
(Vorlage 2816/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom
19.03.2019)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 19. März 2019 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4998.) "Bezahlung und Eingruppierung der Tarifbeschäftigten bei der Polizei"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 08)
(Vorlage 2817/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2817/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4999.) Personalmehrbedarf der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport ab dem Jahr 2019 aufgrund des Bundesteilhabegesetzes
(Vorlage 2818/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2818/19 den Personalmehrbedarf i. H. v. 69,95 VZE zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt zu, für die Wahrnehmung der in der Vorlage beschriebenen Aufgaben zur Umsetzung des BTHG ab sofort

zusätzliches Personal in Höhe von 33 VZE einzusetzen. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen dem Haushalts- und Finanzausschuss über die Veränderungen der Personalzuordnungen im Haushaltsvollzug 2019 zu berichten.

3. Die Finanzierung des sofort erforderlichen Personals erfolgt für 2019 aus dezentralen Mitteln der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport. Für den Fall, dass eine Ressort-Finanzierung im Vollzug der Haushalte 2018/2019 nicht möglich ist, wird im Rahmen der Controlling-Berichterstattung durch die Senatorin für Finanzen ein Vorschlag für einen Ausgleich vorgelegt.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport den ab 2020 bestehenden Personalmehrbedarf in Höhe von 69,95 VZE in die Haushaltsberatungen für 2020/21 einzubringen.

5000.) Gesetz zur Ausführung des Pflegeberufegesetzes, der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung und der Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung
(Pflegeberufeumsetzungsgesetz – PflBUmG)
(Vorlage 2819/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2819/19 dem Gesetz zur Ausführung des Pflegeberufegesetzes, der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung und der Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung (Pflegeberufeumsetzungsgesetz – PflBUmG) sowie die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung in ihrer Sitzung am 27./28.03.2019 in erster und zweiter Lesung.

- 5001.) Verordnung zur Errichtung der Schiedsstelle nach dem Pflegeberufegesetz (Schiedsstellenverordnung – SchV)
(Vorlage 2820/19 und Neufassung der Anlage1 vom 18.03.2019)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2820/19 und unter Berücksichtigung der Neufassung der Anlage 1 die Verordnung zur Errichtung der Schiedsstelle nach dem Pflegeberufegesetz (Schiedsstellenverordnung – SchV) und deren Veröffentlichung im Amtsblatt der Freien Hansestadt.

- 5002.) "Welche Aufgaben erfüllen die Kassenärztlichen Vereinigungen in Deutschland?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2821/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 26. März 2019 aus.

- 5003.) Erwerb der BREBAU GmbH und Verkauf von 6,9% Aktien an der GEWOBA AG - Zustimmung zu den Kaufverträgen
(Vorlage 2822/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt den Abschlüssen der Kauf- und Abtretungsverträge zum Erwerb des wirtschaftlich 50%igen Anteils der BREBAU von der Sparkasse sowie des Verkaufs von 6,9% Aktien an der GEWOBA an die Sparkasse zu und bittet die Senatorin für Finanzen die Zustimmung zu den Kauf- und Abtretungsverträgen durch den Haushalts- und Finanzausschuss der bremischen Bürgerschaft einzuholen.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die Kaufverträge nach Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zu unterzeichnen

und die für die Zeichnung durch die BVBG, BremGrund und HAWOBEG notwendigen Gesellschafterbeschlüsse zu fassen.

5004.) Abschluss der Verhandlungen zum Erwerb der BREBAU GmbH und Verkauf von 6,9% Aktien an der GEWOBA AG - Bericht an die Bremische Bürgerschaft
(Vorlage 2823/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2823/19 den anliegenden Bericht über den Erwerb der BREBAU GmbH sowie Verkauf von GEWOBA-Aktien sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Behandlung noch im März 2019.